

»Wir drängen weiter auf eine Volksabstimmung«

Wahlen in Marokko: Polisario sieht keinen Einfluß auf Befreiungskampf. Kritik an EU-Delegation. Ein Gespräch mit Jamal Zakari

Interview: Harald Neuber



Jamal Zakari ist Vertreter der Frente Polisario in Deutschland. Die Organisation kämpft seit 1973 gegen die Okkupation der West-Sahara. Die frühere spanische Kolonie wird von Marokko besetzt gehalten. Beide Seiten verhandeln derzeit unter UN-Vermittlung

Herr Zakari, am heutigen Freitag finden in Marokko Wahlen statt. Dieser Staat hält das Gebiet der Westsahara seit 1975 besetzt. Was erwarten Sie von der Abstimmung?

Zunächst einmal finden die Wahlen in Marokko statt. Polisario vertritt die Westsahara und damit einen eigenen Staat, die Demokratische Arabische Republik Sahara. Das Geschehen in Rabat hat daher keine unmittelbare Auswirkung auf uns.

Trotzdem betrifft Sie doch der politische Prozeß in Marokko.

Er wirkt sich insofern auf uns aus, als die marokkanische Besatzungsmacht versucht, die Wahlen in der Westsahara zu organisieren – ein illegaler Vorgang. Deswegen haben wir bei UN-Generalsekretär Ban Ki Moon Protest eingelegt. Denn auf der einen Seite verweigert Rabat den Westsaharais seit Beginn der Besetzung vor 33 Jahren ein Referendum über den künftigen politischen Status der Region. Auf der anderen Seite richten die Marokkaner ihre Wahlen in der Westsahara aus.

Dabei tritt mit der »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung« erstmals eine islamische Gruppe an. Könnte sich das auf den Konflikt mit der Polisario auswirken?

Ich denke nicht, denn die Wahlen in Marokko sind eine hübsche Fassade, die der Monarch Mohammed VI. aufgebaut hat. Tatsächlich bestimmen er und seine Berater vor dem Urnengang, wer wieviel Macht bekommt. Vor rund zwei Wochen erst hat der König betont, daß es im Land nur eine Person gebe, die alles entscheidet: seine.

Auch deswegen hat Ihre Organisation die UNO in die Verhandlungen eingeschaltet. Die letzten Gespräche fanden Mitte August in den USA statt. Mit welchem Ergebnis?

Das war bereits die zweite Runde nach einem ersten Treffen im Juli. Die Gespräche sind ein Ergebnis der UN-Resolution 1754 ...

... die im April dieses Jahres vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet worden war und auf Verhandlungen ohne Vorbedingungen drängt.

Ziel ist eine »friedliche und dauerhafte Lösung, die das Selbstbestimmungsrecht des saharaischen Volkes respektiert«. Das war immer unsere Position, und deswegen sehen wir den folgenden Gesprächsrunden zuversichtlich entgegen. Das Problem ist, daß Marokko entgegen seinen Verpflichtungen nur über eine begrenzte Autonomie sprechen will. Wir drängen aber weiter auf ein Plebiszit. Das saharaische Volk muß das letzte Wort haben.

Während die UN vermittelt, hat sich Spanien als ehemalige Kolonialmacht Marokko angenähert. Wie erklären Sie sich diesen Wandel?

Mit dem Druck, der von Marokko ausgeht. Rabat hat in den letzten Jahren viel in die Waagschale geworfen, um Spaniens Position in der Westsahara-Frage zu beeinflussen: den militärisch-politischen Konflikt um die kleine Insel Perejil vor Gibraltar, die Flüchtlingsfrage, ein Fischereiabkommen, die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Madrid hat hier leider schnell nachgegeben. Das ist bedauerlich, da Spanien als ehemalige Kolonialmacht für die Tragödie mitverantwortlich ist.

Im April dieses Jahres war eine Delegation aus zwei sozialdemokratischen Europaabgeordneten und dem deutschen Linkspolitiker André Brie nach Marokko gereist. Die Frente Polisario hat dagegen damals protestiert. Warum?

Weil die drei Abgeordneten die okkupierten Gebiete auf Einladung der Besatzungsmacht besucht haben. Zugleich aber verhindert Rabat weiterhin einen Besuch auf Einladung der Polisario. Die Delegationsreise war daher eine Propagandaveranstaltung der Besatzer. Denn die Abordnung hat bestätigt, daß der Zugang zur Westsahara nur in Begleitung der marokkanischen Geheimdienste möglich ist. Sie hat damit zugleich die Strategie der EU, Druck auf Marokko auszuüben, unterlaufen.

Haben Sie den Besuch später noch einmal thematisiert?

Ich habe Herrn Brie angeschrieben. Er hat mir geantwortet, daß er an der Reise nur teilgenommen hatte, um die Lage vor Ort zu beobachten. Was er gesehen hat, habe seine Meinung von der Besatzungspolitik bestätigt. Ich habe ihm daraufhin mitgeteilt, daß auch wir uns über einen Besuch freuen würden. Natürlich können wir nicht den Komfort bieten, mit dem Rabat bei solchen Reisen aufwartet. Wir haben nicht so schöne Hotels und wir können auch nicht den Flug bezahlen. Aber wir sind der Meinung, daß europäische Politiker, wenn sie in die Region kommen, die Flüchtlingslager besuchen sollten, in denen die Menschen seit über drei Jahrzehnten hausen müssen. Dort könnten sie mit den Vertriebenen leben und ihren Alltag teilen.

Und dazu haben Sie Herrn Brie eingeladen?

Ja, das habe ich. Aber ich habe bisher noch keine Antwort bekommen.